



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 21. November 1887.

Nr. 544.

Deutschland.

Berlin, 20. November. Die „Neue Pr. Ztg.“ bringt folgende Mittheilung:

Da das körperliche Leiden Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen und sein dadurch bedingter längerer Aufenthalt im Auslande ihn behindert, Se. Majestät der Kaiser und König bei vorkommender Gelegenheit zu vertreten, so ist, wie wir von mehreren Seiten vernehmen, Seine königliche Hoheit Prinz Wilhelm beauftragt worden, in allen diesen Fällen die Vertretung Seiner Majestät zu übernehmen.

Eine derartige tatsächliche Gestaltung der Dinge ist wohl selbstverständlich. Ob ein allgemeiner Auftrag des gemeldeten Inhalts vorliegt, lassen wir dahingestellt, da auch der Kronprinz immer nur für den einzelnen Fall mit der Vertretung des Kaisers beauftragt wurde.

Der Bundesrath dürfte in seiner gestrigen Sitzung den Rest der Spezialetat erledigt haben, der ihm vorgestern zugewandene Hauptetat nebst der zugehörigen Denkschrift über die Anleihe dürfte am Montag erledigt werden. Die Behauptung, daß eine Beschlußfassung über die Vorlage betreffend die Erhöhung der Getreidezölle bereits stattgefunden habe, soll der Begründung entbehren. Eine derartige Vorlage soll den Bundesrath allerdings beschäftigen; aus naheliegenden sachlichen Gründen ist deren strenge Geheimhaltung geboten.

Dem Polizeipräsidenten von Nichtbosen ist vom Zaren der Stanislaus-Orden 1. Klasse verliehen; General v. Werder hat eine kostbare Tabatiere erhalten.

Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat am Sonnabend Nachmittag eine vertrauliche Sitzung der Mitglieder des preussischen Staatsministeriums unter Vorsitz des preussischen Minister-Präsidenten Fürsten v. Bismarck stattgefunden.

In der „Internationalen klinischen Rundschau“ theilt Herr Regierungsath Professor Dr. Schnitzler in Wien eine Reihe höchst interessanter Fälle aus seiner Praxis mit, die den deutschen Kronprinzen behandelnden Aerzten ohne Zweifel zu denken geben werden. Schnitzler erzählt, er könnte eine ganze Reihe von Fällen vorführen, bei denen wiederholt die blutige Eröffnung der Luftwege empfohlen wurde und wo man durch Geschicklichkeit und Ausdauer schließlich doch noch, ohne äußere operative Eingriffe, zum Ziele gelangte, wo Patienten, nachdem sie von ihren Kehlkopfpolyphen durch die endolaryngeale Methode befreit wurden, dann noch 5 bis 10 Jahre und darüber lebten, ohne daß es zu Recidiven gekommen war; wenn dies aber dennoch der Fall war, so wurden die recidivirten Wucherungen einfach neuerdings in derselben ungefährlichen Weise operirt, bis schließlich die gänzliche Heilung erfolgte. Natürlich hat es sich hier meist um gutartige Wucherungen gehandelt, und liegt selbstverständlich die Sache bei ausgesprochen bösartigen Neubildungen, beim Carcinom, ganz anders. Da muß radikaler vorgegangen werden. Es wird je nach dem Sitze und der Ausbreitung des Leidens, die Laryngotomie, die Tracheotomie, die partielle Resektion oder endlich die Total-Exstirpation des Kehlkopfes gemacht worden; doch darf, wie gesagt, zu dieser letzteren erst geschritten werden, wenn die Diagnose eine unzweifelhaft sichere ist. Diagnostische Irrthümer sind aber da leicht möglich und zwar nicht allein im Beginn, sondern auch im weiteren Verlaufe des Leidens. Wurde doch einmal die Exstirpation des Kehlkopfes vorgenommen in dem Glauben, man habe es mit Carcinom zu thun; bei der Untersuchung des exstirpirten Kehlkopfes zeigte sich dann, daß es sich nicht um Carcinom, sondern um Tuberkulose gehandelt habe.

Von den vielen Fällen, die Schnitzler behandelt hat, verdient der folgende ausführlicher besprochen zu werden, indem bei demselben durch Zerstückung des Epithelioms im Larynx mittelst Galvanoanfalls das Leben der betreffenden Kranken um viele Jahre verlängert wurde. Bei der Seltenheit einer solchen Beobachtung würde Schnitzler Bedenken tragen, dieselbe zu veröffentlichen, wenn deren Richtigkeit nicht durch mikroscopische Untersuchung der exstirpirten Wucherung Kehlkopf-Verlässliche Gewährsmänner vollauf bestätigt worden wäre. Trotzdem müsse er befürchten, daß

der Eine und Andere beim Anhören der Krankengeschichte sagen wird: „Es war doch kein Krebs, denn sonst wäre keine Heilung erfolgt, wenn diese aber denn doch erfolgte, nun, so war es eben kein Krebs!“ Hier der Fall. Eine junge Dame (Frau Ernestine Libickla, Schauspielerin aus Prag), damals etwa 28 Jahre alt, kam im Januar 1867 wegen einer seit längerer Zeit andauernden Heiserkeit auf die Klinik weil. Professor Türl. Türl konstatierte als Ursache der Heiserkeit Wucherungen an den Stimmbändern. Die von ihm mittelst Messers (im Februar und Juni 1867) wiederholt vorgenommenen Operationen hatten nur vorübergehenden Erfolg. Als die Patientin einige Monate später auf die Oppolzer'sche Klinik kam, war sie fast gänzlich stimmlos und klagte auch bereits über bedeutende Athembeschwerden. Bei der laryngoskopischen Untersuchung fand ich am inneren Rande beider ziemlich stark geschwollener Stimmbänder theils mattgraue, theils röthliche Wucherungen von kräftigem Aussehen. Dieselben waren von verschiedener Größe und nahmen fast den ganzen Rand beider Stimmbänder ein, so daß sie nahezu die ganze Glottis spalte ausfüllten. Trotz der Jugend der Patientin schloß Schnitzler nach dem laryngoskopischen Befunde auf ein Epitheliom der Stimmbänder und ging auch sofort an die Entfernung der Wucherungen, was um so mehr geboten schien, als dieselben bereits das Leben der Kranken durch Erstickungsgefahr ernstlich bedrohten. Das erste größere Stück (von der Größe eines Kirchkernes), das ich mittelst der galvanocaustischen Schlinge entfernte, wurde von den damaligen Assistenten Mikroskopisch, den Doktoren, nunmehrigen Professoren Bischoff und Scheutbauer, mikroskopisch untersucht. Diese beiden verlässlichen Histologen bestätigten die laryngoskopische Diagnose vollends, indem sie das exstirpirte Stück für Epitheliom erklärten. Nachträglich erfuhr Schnitzler, daß auch Professor Türl gleich bei der ersten Untersuchung den Fall für Epitheliom des Larynx hielt und soll auch dessen Diagnose durch mikroskopische Untersuchung von exstirpirten Stücken von Prof. Webl bestätigt worden sein.)

Selbstverständlich begnügte sich Schnitzler nicht mit der Entfernung der einzelnen Knötchen und Knoten, sondern zerstörte wiederholt mittelst Galvanoanfalls Alles, was nur irgendwie frank aussah. Nach einiger Zeit hatte er die Genugthuung, die Patientin in der Sitzung der kaiserlich-königlichen Gesellschaft der Aerzte vom 16. Oktober 1868 geheilt — das heißt, soweit bei einem Epitheliom von Heilung die Rede sein kann — vorzustellen. Die Patientin sprach wohl noch mit Heiserkeit, aber doch weithin vernehmlicher Stimme, und auch die Athembeschwerden, die das Leben der Kranken schon ernstlich bedroht hatten, waren gänzlich geschwunden. Von der Wucherung war keine Spur.

Wie aus einem Briefe, welchen Schnitzler vorgestern erhielt, und in welchem Ihrem Korrespondenten Einsicht zu nehmen gestattet war, hervorgeht, lebt Frau Libickla heute, nach zwanzig Jahren, noch! Sie war bis vor zwei Jahren „Direktrice“ einer „Theaterschmiede“ und arbeitete außerordentlich fleißig.

Ueber die Bedeutung der Konferenz zwischen dem Zaren Alexander III. und dem Fürsten Bismarck urtheilt die „Post“:

„Wir nehmen nicht an, daß dabei von den überstandenen Mätern, von den Annehmlichkeiten des Sommer-Aufenthaltes in Kopenhagen und von den noch zu überwindenden Beschwerden der Fahrt nach Petersburg die Rede gewesen ist. Aber man kann andererseits in einer Stunde nicht die tief und vielseitig bedingte Grundrichtung großer Reiche verändern. Dagegen kann man wohl die Mittel erwägen, bedenkligen Folgen jener Grundrichtung dauernd oder vorübergehend zu begegnen. Ob etwas dergleichen geschehen, das wissen bis jetzt nur die höchstentscheidenden Personen. Wäre nichts dazwischen gelungen oder auch nur versucht worden, so würde auch dadurch der 18. November 1887 eine geschichtliche Bedeutung erhalten; denn schwerlich würde, was gestern nicht möglich war, sobald sich erneuern lassen. Lange kann es nicht währen, bis die Spuren der Unterredungen, die gestern im Palaß des Kaisers und in den Gemächern des kaiserlichen Gastes gepflogen worden, zu Tage treten. Wir dürfen wiederholen,

was wir vor einigen Tagen gesagt: die Spurlosigkeit würde die deutlichste Spur sein. Gern wollen wir die lange Ausdehnung des Kanzlerbesuches als gutes Vorzeichen ansehen.“

Der große Sozialistenprozeß in Breslau, bei dem die Oeffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen war, endete mit der Verurtheilung von 29 Angeklagten und der Freisprechung von acht Angeklagten. Für die Abmessung der Strafen wurde die von den einzelnen Angeklagten entwickelte Energie und Thätigkeit, der mehr oder weniger gefährliche Charakter sowie etwaige Vorstrafen in Betracht gezogen. Demgemäß schwankt auch die Strafe zwischen einem Monat und einem Jahr. Mit einem Jahr Gefängniß wurde der Student der Mathematik Heinrich Lur belegt. Sein Kommilitone Maruse erhielt vier Monate Gefängniß und wurde wie alle Verurtheilten gegen Bürgschaft von 6000 Mark aus der Haft entlassen. Der Reichstagsabgeordnete Kräder, welcher sieben Monate Gefängniß erhielt, ist somit ebenfalls auf freien Fuß gesetzt. In der Begründung, deren Darlegung volle 3/4 Stunden in Anspruch nahm, wurden die allgemeinen Grundsätze vorgelegt, nach welchen der Gerichtshof im vorliegenden Falle geurtheilt hat. In der Hauptsache handelte es sich um die Anklage aus den §§ 128 und 129 des Reichsstrafgesetzbuches, welche die Theilnahme an geheimen Verbindungen zu verbrecherischem Zweck verbieten. Wegen der Geheimhaltung sei es nur möglich, Einsicht in das Treiben dieser Verbindung zu bekommen, wenn sich wie im vorliegenden Falle ein Verräther findet. Dadurch sei aber unzweifelhaft festgestellt worden, daß eine solche noch über Deutschland hinausgehende Verbindung besteht, welche die Sozialdemokratie im allgemeinen umfaßt. Alle Einzelheiten, die zu Tage getreten wären, lassen nur die Schlussfolgerung zu, daß auch die Angeklagten an solcher Verbindung, deren Ziel der Angriff auf die Grundlagen des Verfassungslebens sind, theilgenommen haben. Bezeichnend ist besonders die Zusammenkunft, welche an einem Pfingstfesttage auf der Schwedenschanze in Dömitz stattgefunden hat. Diese Versammlung wurde ganz nach dem Recepte angeführt, welches ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter im Reichstage selbst als das vortheilhafteste geschildert hat: Es braucht keine größere Menschenmenge zu sein, sondern es genügt, wenn man sich mit seinen Bestimmungsgenossen verbunden weiß und man von Gruppe zu Gruppe das Gespräch fortpflanzt. Bezüglich des Abgeordneten Kräder ist erwiesen, daß derselbe als Vorsteher der verbotenen Verbindung angehört hat. Hierfür spricht schon seine parlamentarische Thätigkeit, die natürlich nicht strafbar ist, sie gibt aber einen Beweis für sein sonstiges Verhalten. Außer derjenigen Zeit, welche er im Reichstage zugebracht, hat er in seiner Eigenschaft als Agitator die Breslauer Verbindung verkörpert und zusammengehalten. Er hat Sammelkarten besessen, es ist ihm der „Sozialdemokrat“ ohne Bestellung gewissermaßen als dem öffentlichen Vertreter der Partei zugesandt worden. Wenn er trotzdem verschiedentlich seitens der Parteigenossen als ein lauter Agitator bezeichnet worden ist, wenn er sogar den Angriff ausbalden mußte, daß er Parteigelder bei Seite gebracht habe, so bezog sich dies lediglich auf den Umstand, daß die hier (Breslau) bestehenden Zimmer'sche Druckerei allgemein als Eigenthum der Partei bezeichnet wurde und daß diese Druckerei in Privatbesitz gebracht werden sollte. Wäre Kräder nicht einer der ersten Führer der Partei, so hätte man ihn nicht in der heftigsten Weise angegriffen und Zwiespalt in die Reihen der Genossen gesät, sondern man hätte ihn unbeachtet bei Seite geworfen.

Der Sturz des Kabinetts Rouvier ist erfolgt, Grevy hält daran fest, daß er Präsident bleiben müsse. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Untersuchung gegen Wilson mit Einstellung des Verfahrens endigen wird — das sind die Nachrichten, welche aus Paris hier vorliegen und die Melbung, daß dort in parlamentarischen Kreisen volle Verwirrung herrsche, wohl erklären. Daß Clemenceau am Sonnabend die Sturmkolonnen zum Angriff auf das Ministerium durch eine Interpellation über die allgemeine Politik führen werde, war bereits angefündigt. „B. L. B.“ berichtet über die Sitzung: Die Interpellation

der äußersten Linken ist eingebracht worden. Der Ministerpräsident Rouvier beantragt, die Berathung im Interesse der Rentenkonversion auf den 24. v. M. zu vertagen, und stellt die Vertrauensfrage. Clemenceau meint, es sei eine seltsame Art und Weise, den Renteninhabern die Versicherung zu geben, daß sie bis zum 24. v. Mts. in Frieden leben könnten, indem ihnen dann eine noch nie dagewesene Krise in Aussicht gestellt werde. Zu lange schon sei eine Erklärung erwartet worden; es gebe keine Regierung mehr: das Ministerium sei außer Stande, die republikanische Politik zu leiten. Das Parlament sei der Leitung der Rechten überlassen; die Gerichte und die Polizei bekämpften einander; die Unordnung in der Verwaltung sei vollständig. Die Deputirtenkammer lehnt hierauf mit 328 gegen 242 Stimmen die Vertagung ab. Der Ministerpräsident Rouvier zeigt nunmehr die Demission des Kabinetts an. Jetzt zog Clemenceau seine Interpellation zurück, indem er erklärte, er wolle nicht ein Ministerium interpelliren, das nicht mehr vorhanden sei. Hierauf wird die Sitzung auf nächsten Montag vertagt. Nach Schluß der Sitzung begaben sich die Minister zum Präsidenten Grevy, um ihre Demission zu geben. Die Minorität für das Cabinet bestand aus 221 Republikanern und 7 Konservativen; die Majorität umfaßte 169 Republikaner und 148 Konservative. Wie es heißt, sagte Rouvier beim Verlassen der Kammer zu Clemenceau: „Sie haben mich von einer schweren Bürde befreit, ich werde Grevy den Rath geben, Sie zu berufen.“ Goblert erklärte in den Wandelgängen, er würde einen Auftrag zur Kabinettsbildung nicht übernehmen. Präsident Grevy hat die Demission der Minister angenommen und dieselben beauftragt, die laufenden Geschäfte bis auf Weiteres zu erledigen. Gleichzeitig ließ Grevy Freycinet zu sich bitten, um sich mit ihm über die Lage zu besprechen. Auch mehrere andere politische Persönlichkeiten sollen im Laufe des Abends zum Präsidenten entboten sein. Weiter wird berichtet: Die Situation ist sehr verworren. Die republikanischen Gruppen bemühen sich, eine allgemeine Versammlung der Republikaner zu Stande zu bringen, um mittels derselben eine starke, unbestrittene Regierungsgewalt zu begründen. Ferner wird der „Köln. Ztg.“ am Sonnabend aus Paris gemeldet: Fast alle Zeitungen fahren in ihren Angriffen gegen Grevy fort und verlangen dessen Abdankung. Der Präsident aber besteht darauf, erst nach Schluß der gerichtlichen Verhandlungen gegen Wilson seinen Entschluß fassen zu wollen. — Gegen Mittag hatte sich eine beträchtliche Menschenmenge vor dem Hotel du Louvre eingefunden, um eine Kundgebung für Boulanger zu veranstalten, die Polizei hielt die Ordnung aufrecht und als verlautete, daß Boulanger nicht zum Frühstück erscheinen werde, zerstreute sich die Menge unter den Rufen: „Wir ziehen auf den Eintrachtsplatz und zum Elysée!“ Die Behörden haben umfassende Vorkehrungsregeln getroffen, die Posten im Innern von Paris sind verdoppelt worden, alle Polizeieinheiten sind aufgeboten und in mehreren Kasernen stehen die Truppen zum Eingreifen bereit. Was die Annahme, die Untersuchung gegen Wilson werde eingestellt werden, anlangt, so begründet sie der Korrespondent der „Köln. Ztg.“ damit, daß die Wilson vorgeworfenen Vergehen rein moralischer Natur und im Strafgesetzbuch nicht vorgesehen seien. Ueberdies seien mehrere Personen, die bis jetzt als Opfer Wilsons bezeichnet wurden, nunmehr zu dessen Gunsten aufgetreten.

Die „Moskowskaja Wiedomosti“ sprechen sich entschieden gegen das Projekt aus, wonach auch die minderjährigen Kinder ausländischer Eltern in Rußland naturalisirt werden können. — „Es liegt nicht im Interesse Rußlands, den in Rußland wohnenden Ausländern die Naturalisation zu erleichtern. — Es wäre vielmehr zweckmäßig, das französische Projekt in Rußland anzunehmen, wonach Ausländer in ihrer Eigenschaft als solche mit einer besonderen Abgabe belastet würden.“

Wir sind nur selten der Ansicht des genannten Moskauer Blattes. In dem vorliegenden Falle befinden wir uns aber im vollen Einverständnis mit demselben.

Meltschin, 17. November. Die Untersuchungs-Kommission hat das an das Stadt-Territorium

